



Angelica Schwall Düren

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion



Axel Schäfer (Bochum)

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Europapolitischer Sprecher der SPD-Fraktion



Berlin, 2. Juli 2007

## **Vorläufige Bewertungen eines vorläufigen Erfolges**

# **Fortschritte für Europa – Rückschritte hinter den Verfassungsvertrag**

### **1.**

Der EU-Gipfel vom 21. bis 23. Juni 2007 hat den von der deutschen Ratspräsidentschaft erstellten „Entwurf des Mandats für die Regierungskonferenz“ mit einigen Abstrichen beschlossen. Damit können die Inhalte des Verfassungsentwurfs weitestgehend als Änderung in die bestehenden Verträge einfließen.

Der Beschluss des Bundestages vom 14. Juni 2007 ist umgesetzt worden. Das heißt vor allem

- die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta der Europäischen Union (wenn auch mit der Ausnahme für das Vereinigte Königreich),
- die einheitliche Rechtspersönlichkeit der EU,
- die Überwindung der Pfeilerstruktur bei den Politikbereichen der EU,
- die Einführung des Prinzips der doppelten Mehrheit im Rat (wenn auch erst ab dem 1. November 2014 bzw. 1. April 2017),
- die Ausweitung der Entscheidung mit qualifizierter Mehrheit im Rat als Regelfall,
- die Stärkung des Europäischen Parlaments durch Festlegung der Mitentscheidung als Regelfall, Ausweitung seiner Haushaltsbefugnisse und seiner maßgeblichen Rolle bei der Wahl des Präsidenten der Kommission,
- der Grundsatz der partizipativen Demokratie auf Ebene der EU (= Bürgerbegehren)

- die Schaffung des Amtes eines auf zweieinhalb Jahre gewählten Präsidenten des Europäischen Rates,
- der Ausbau der gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik durch die Verknüpfung der Zuständigkeiten von Rat und Kommission; dies schlägt sich mit der Schaffung des Amtes des Hohen Vertreters der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik nieder, das sowohl die Funktion des hohen Repräsentanten des Rates als auch des Außenkommissars im Range eines Vizepräsidenten in einer Person vereint und über einen europäischen diplomatischen Dienst verfügt,
- die Begrenzung der Größe der Europäischen Kommission (auf 18 Mitglieder im Jahre 2014),
- die klarere Kompetenzordnung und die deutlicheren Kriterien für die Abgrenzung der Zuständigkeiten der Europäischen Union, die nur im Rahmen der Zuständigkeiten tätig werden kann, für die ihr Befugnisse zugewiesen worden sind,
- die Stärkung der Rolle der nationalen Parlamente durch die Subsidiaritätskontrolle, die zugleich neue Mechanismen in Gang setzt, wenn aus der Hälfte der Staaten ein gemeinsamer Beschluss vorliegt.

Die Themen Klimaschutz und Energiesolidarität wurden zusätzlich mit aufgenommen.

## 2.

Die nunmehr erreichte Übereinkunft zwischen 27 EU-Mitgliedsländern fällt aber hinter das zurück, was die Staats- und Regierungschefs noch 2003/2004 gemeinsam beschlossen hatten:

- Sie entkleidet die Regelungen mit Verfassungsrang zum Teil ihres Charakters (Wegfall von Leitmotto, Hymne, Fahne und Feiertag), was viel mehr ist als reine Symbolik: sie hätten zur europäischen Identitätsstiftung beitragen können.
- Sie bringt auch Elemente in den Text, deren Sinn es ist, mehr Blockaden zu organisieren statt mehr Gemeinschaft zu initiieren.
- Sie fixiert Ausnahmemöglichkeiten, die ein Europa von eingeschränkter Gemeinsamkeit manifestieren, so das Opt-out Großbritanniens bei der Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta.
- Die Weiterentwicklung der EU in Form von Änderungen bestehender Verträge führt zu Intransparenz und Unklarheiten. Das ist das Gegenteil von Verständlichkeit und Bürgernähe.

Trotz der Berliner Erklärung vom 25. März 2007 („*Die Europäische Union lebt auch in Zukunft von ihrer Offenheit und dem Willen ihrer Mitglieder, zugleich gemeinsam die innere Entwicklung der Europäischen Union zu festigen.*“) ist in Brüssel deutlich geworden, dass von einigen Regierungen die europäischen Grundüberzeugungen in Frage gestellt werden. Romano Prodi spricht zu Recht von einem „verlorenen europäischen Geist“ und nennt dabei ausdrücklich Großbritannien, Polen, Tschechien und die Niederlande.

### 3.

Die detaillierten, auch sprachjuristisch konsolidierten Artikel, welche auf einer Regierungskonferenz bis Oktober vorliegen müssen, werden den veränderten Vertrag ausmachen.

Es kann nicht völlig ausgeschlossen werden, dass sowohl von bestimmten Regierungen als auch einzelnen Parteien die vereinbarten Details wieder in Frage gestellt werden.

Die nun notwendige Ratifizierung muss rechtzeitig vor der Europawahl im Jahr 2009 abgeschlossen sein. Dies ist möglich, aber der Erfolg ist immer noch nicht gesichert: neben Ländern, in denen der Verfassungsvertrag im Parlament nur mit äußerst knappen Mehrheiten über die Hürden gebracht worden war, steht zumindest in Irland ein obligatorisches Referendum an, wenn auch dort eine hohe Zustimmung zu erwarten ist. In Großbritannien gibt es starke Kräfte, die eine Volksabstimmung (wie von Tony Blair für den Verfassungsvertrag angekündigt und jetzt wieder zurückgenommen) einfordern.

### 4.

Insgesamt hat der EU-Gipfel deutlich mehr an positiven Veränderungen als an kritikwürdigen Einzelpunkten gebracht. Unsere deutsche Ratspräsidentschaft bekam fast überall Lob und Anerkennung. Die Verhandlungsführung der Bundeskanzlerin war nur deshalb so erfolgreich, weil in erster Linie sozialdemokratische Minister – vor allen Dingen Frank-Walter Steinmeier und Franz Müntefering, Sigmar Gabriel, Ulla Schmidt, Peer Steinbrück, Wolfgang Tiefensee, Heidemarie Wiecek-Zeul und Brigitte Zypries – in ihren Politikfeldern ausgezeichnete Arbeit geleistet haben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollten zugleich selbstbewusster das herausstellen, was seit 1951 auf dem Weg der europäischen Einigung erreicht worden ist: Ein Staatenverbund sui generis, der größte Erfolg für Europa in seiner neuzeitlichen Geschichte, mit sicherem Frieden, gelebter Solidarität, starker Wirtschaft und nachhaltiger Entwicklung, basierend auf gemeinsamen Werten, gemeinsamem Recht und gemeinsamer Währung – einer Macht, die legitimiert und limitiert ist. Die EU ist heute Vorbild für andere Regionen außerhalb Europas und unsere Chance in einer globalisierten Welt. Wir sind stolz auf das Erreichte, selbstkritisch gegenüber den eigenen Defiziten und von Optimismus getragen: Ins Gelingen verliebt.